

## Tagungen

### Wilton Park-Konferenz

Wilton Park: Bereits der Name klingt nach Würde von Ort und Tätigkeit. Um diese internationalen Konferenzen noch originell würdigen zu können, müssen wohl einige kritische Töne angeschlagen werden. Das soll im folgenden anhand der 134. Konferenz vom Juli (18.—31.) d. J. geschehen.

1. Der Anspruch der 134. Konferenz „Demokratische Kontrolle“ wurde im Untertitel aufgefächert: „Die Rolle der politischen Parteien, der Interessengruppen und der Massenmedien.“ Der tatsächliche Ablauf der Konferenz konzentrierte sich aber einerseits auf den letzten Unterpunkt, andererseits auf einen weiteren politischen Faktor: die öffentliche Verwaltung.

Eine intensive Diskussion über die Interessengruppen in den westlichen Gesellschaften kam nicht in Gang. Vielleicht liegt es an dem ehrenwerten Anspruch von Wilton Park, „enge Spezialisierung zu vermeiden“, daß bis auf eine Ausnahme (diese allerdings war ein vorzüglicher Bericht über die schwarze Befreiungsbewegung in den USA von einem engagierten Beteiligten) *pressure groups* nicht zum Sitzungsthema gemacht wurden. Die in den kapitalistischen Gesellschaften doch sicherlich nicht unwichtigen Interessengruppen der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit kamen nur insofern zu Wort, als hinter den Diskussionsbeiträgen sowohl mehrerer Vertreter von Arbeitgebervereinigungen als auch des Verfassers als dem einzigen Anwesenden aus einem gewerkschaftlich orientierten Institut interes-senpolitische Standpunkte sichtbar wurden.

2. Konzentrieren wir uns also auf die Hauptthemen in den meist erfreulich kurz vorgetragenen Referaten und den Diskussionen, die sowohl im Plenum als auch in kleinen Gruppen geführt wurden.

Erster Schwerpunkt: *Massenmedien und demokratische Kontrolle*. Insgesamt gewann der Berichterstatter den Eindruck, daß diese Diskussion weniger unter dem Aspekt geführt wurde, wie Möglichkeiten zur demokratischen Kontrolle der Massenmedien durch eine größtmögliche Zahl von Menschen gefunden werden könnten, als vielmehr in der Absicht, die Massenmedien gegenüber der Kontrolle durch die Regierungen abzuschirmen. Im Vordergrund standen deshalb nicht Redaktionsstatute oder andere Formen demokratischer Beteiligung an der veröffentlichten Meinung, sondern die sicherlich ebenfalls nicht gering zu schätzende Notwendigkeit, die öffentliche Meinung vor den Manipulationen der staatlichen Exekutive zu bewahren. Beispielhaft, aber bewußt nicht als Präzedenzfall, wurde von einem amerikanischen Publizistikwissenschaftler die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere minutiös geschildert. Darüber hinaus wurden auch allgemeine Fakten bekannt: — Die US-Regierung gibt jährlich über 400 Millionen Dollar für eigene *public relations* aus!

— 90 % der Tagespresse in den USA werden bis heute von der Republikanischen Partei Nahestehenden kontrolliert!

In der Pressekonzentration — einschließlich der von Presseagenturen — gibt es sicherlich inzwischen parallele Tendenzen in Westeuropa (z. B. gehören 70 % der Auflage an Tageszeitungen in Westberlin zum Konzern Springer); daneben verbleiben aber beträchtliche strukturelle Unterschiede zu den USA das Verhältnis Massenmedien/Regierung betreffend.

Erstaunlich ist, daß in der Diskussion die Notwendigkeit der Freiheit der Massenmedien vom Staat beschworen wurde und nur selten die Unabhängigkeit von finanzstarken Kapitalbesitzern. Wahrscheinlich sind auf britischem Boden die Abhängigkeiten der Redaktionen von der Politik der Verfügungsberechtigten nicht so virulent; z. B. beläßt der Zeitungs-Lord *Thompson* seinen Redaktionen, u. a. der der

*Times*, vergleichsweise große Unabhängigkeit. Die Grundsatzfragen nach dem besonderen Charakter der Ware „Information“ und damit ihrer besonderen Beziehung zu den Produktionsmittelbesitzern wurden kaum angesprochen; dafür aber wurden von Eingeweihten — wie dem Generaldirektor der BBC — aufschlußreiche Details über die Beziehungen einer staatlich subventionierten, aber traditionell autonomen Rundfunk- und Fernsehanstalt gegenüber Kabinett und Schattenkabinett vermittelt. Kontroverse Diskussionen entwickelten sich auch zu der Frage, ob die Wirkung auf die öffentliche Meinung durch das Fernsehen oder durch Zeitungen größer sei.

3. Zweiter Schwerpunkt der Konferenz war die Diskussion über *öffentliche Verwaltung und demokratische Kontrolle*.

Dieses Thema gewann schon deshalb an Brisanz, weil es der Leitung gelungen war, sowohl einige brillante Vertreter des „brain trusts“ des britischen *Civil Service* als auch bedeutende Politiker des Kontinents für Wilton Park zu gewinnen. Unter letzteren ragte der ehemalige Premierminister Frankreichs, *Jules Moch*, hervor, der in seinem Referat alle Ebenen parlamentarischer Kontrolle der Verwaltungstätigkeit in kartesischer Systematik darlegte, angereichert durch große praktische Erfahrung. In der nicht zufälligen Rückführung des Begriffs „Kontrolle“ auf dessen sprachliche Herkunft („contre role“ = Gegenrolle) deutete er das auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruhende parlamentarische System Frankreichs und dessen Einflußsphäre. Trotz aller politischen Veränderungen bleibt der parlamentarische Raum gegenüber der Exekutive in Frankreich in einem wesentlich dualeren Verhältnis als in Großbritannien. Dort hat die enge Verknüpfung von Unterhausmehrheit mit der Regierung plus Verwaltung die Funktion des Parlamentarier verändert. Mit Ausnahme der „frontbencher“ in Kabinett und Schattenkabinett sieht die große Mehrheit der Unterhausmitglieder ihre überwiegenden Tätigkeiten in die Sphäre Öffentlichkeit—Obrigkeit verlagert. Die Abgeordneten werden — insbesondere auch durch die Persönlichkeitswahl in relativ überschaubaren Wahlkreisen — zu einer mächtigen Mischung von Ombudsman und Petitionsausschuß. Die referierenden Parlamentarier beider Parteien belegten dies, indem sie vom wöchentlichen Erhalt von Hunderten von Briefen aus der Bevölkerung sprachen.

Einen wiederum für alle parlamentarischen Systeme gültigen Aspekt brachte die provokative These eines führenden Staatsbeamten in die Diskussion ein, der die öffentliche Verwaltung lediglich für diejenigen Einflüsse offen erklärte, die „wohlinformiert und relevant“ seien. Diese Haltung versteht sich aus der wachsenden Komplexität öffentlicher Aufgaben und aus der geringen Neigung der

Amtsträger, ihre Tätigkeit transparent zu machen. So realistisch diese Beschreibung des Status quo auch sein mag, so wenig vermochte sie diejenigen Teilnehmer zufriedenzustellen, die eine Änderung des Status quo im Auge haben. Befriedigender fiel deshalb die Haltung eines anderen Mitglieds des „brain trusts“ aus, das selbstkritisch einräumte, daß offensichtlich alle Etablierten in einem Regierungssystem nur mit Verspätung bereit seien, Änderungsvorschläge aufzunehmen. In der obigen Realitätseinschätzung bleiben u. a. auch folgende Fragen unbeantwortet: Wer entscheidet darüber, wer informiert, was relevant ist, und nach welchen Kriterien erfolgt dies?

Das Thema „parlamentarische Kontrolle der Exekutive“ wurde im Schlußteil der Konferenz auf die internationalen Organisationen ausgedehnt. Dabei wurde am Beispiel des faktischen Entscheidungsprozesses in der Europäischen Gemeinschaft überzeugend nachgewiesen, daß die Möglichkeiten zur Kontrolle bisher weit aus bescheidener sind als selbst im nationalen Rahmen. Das *decision-making* in Brüssel verlagerte sich mehr in das diplomatische Organ des Rats der Ständigen Regierungsvertreter und in Ausschüsse des Ministerrates. Damit wird nicht nur die Initiativfunktion der EG-Kommission faktisch ausgehöhlt, sondern auch der Aufbau eines parlamentarischen Systems mit föderalen politischen Parteien weiterhin erschwert. Eine düstere Perspektive für die demokratische Kontrolle der Europäischen Gemeinschaft tut sich dann auf, wenn man die Duplizität historischer Prozesse annimmt: Der Kampf um die parlamentarische Kontrolle der Innenpolitik dauerte Jahrhunderte . . .

4. Zieht man die Bilanz dieser 134. Wilton Park-Konferenz, so erscheint es romantisch, wenn als Therapie für den Verfall parlamentarischer Kontrollen im EWG-Integrationsprozeß das „wonderful british model“ angekündigt wird. So bemerkenswert dieses Modell auch im Lande des „common sense“ und der „gentlemen's agreements“ nach außen funktionieren mag, der Versuch einer Übertragung müßte wegen der völlig unterschiedlichen Bedingungen scheitern. Darüber hinaus scheinen mir bei den Diskussionen um den besten staatlichen „Überbau“ in Westeuropa die Verhältnisse an der „Basis“ der Gesellschaft übersehen zu werden. Dort besteht sowohl auf dem Kontinent als auch in Großbritannien objektiv der Gegensatz zwischen der zahlenmäßig kleinen Klasse der Produktionsmittelbesitzer und der großen Mehrheit in der Bevölkerung, die ihre Arbeitskraft an diese verkaufen muß. Dieser Klassengegensatz hat weitreichende Konsequenzen, auch wenn sie im Bewußtsein der Betroffenen subjektiv nicht erkannt sind. Dennoch besteht diese Realität auch in Großbritannien; sie wurde in Wilton Park von einem Mitarbeiter des wissenschaftlichen Instituts der Labour Party ausführlich illustriert.

Bei allem Respekt vor den historischen Verdiensten des britischen „Government“ im Sinne von Regierungssystem wage ich doch zu bezweifeln, ob die britischen Regierungen im Zeitalter des organisierten Kapitalismus dem demokratischen Anspruch vollauf gerecht werden. Denn dies hat auch Wilton Park deutlich gemacht: Die Entscheidungen fallen innerhalb einer Oligarchie, die zudem in einem System von traditionell und ökonomisch begründeten Privilegien nach unten kaum offen ist. Der Zugang für die breiten Bevölkerungsschichten bleibt allerdings möglicherweise auch deshalb so begrenzt, weil z. B. die britischen Gewerkschaften organisatorisch zersplittert sind.

Die Wilton Park-Konferenzen, die zehnmal im Jahr, in der Regel zwei Wochen lang, stattfinden, verstehen sich „als Beitrag Großbritanniens zu einer informierten internationalen öffentlichen Meinung — im Dienste des Westens und Europas ...“. Sie werden zum überwiegenden Teil vom *Foreign Office* subventioniert, aber von einem unabhängigen akademischen Stab geleitet. Dieser gestaltet — mit Unterstützung des Internationalen Beratungsausschusses, der sich aus den Londoner Botschaftern vorwiegend der OECD-Länder

zusammensetzt — Programme und Referentenauswahl.

Auf die Auswahl der Teilnehmer hat die Wilton Park-Leitung nur begrenzt Einfluß. Einige Regierungen haben nämlich hierzu amtliche oder halbamtliche Auswahlkomitees errichtet, andere — wie die BRD — überlassen die Auswahl einer Abteilung ihres Auswärtigen Amtes. Für diese 134. Konferenz kamen nahezu 70 Teilnehmer aus 13 Ländern und wurden als „Elite der freien Gesellschaften des Westens“ begrüßt. Allerdings wird bei der Einladung das Ideal verfolgt, „einen Querschnitt durch sämtliche Bevölkerungsgruppen der Teilnehmerländer“ zu erhalten — möglichst nicht nur im Hinblick auf die Berufe oder politischen Betätigungen, sondern auch altersmäßig. Dieses Ideal kann sicherlich nicht erfüllt werden; zumindest gilt dies nicht für die 134. Konferenz. In Wirklichkeit werden z. B. Vertreter der außerinstitutionellen „jungen Linken“ — obgleich sie einen nicht unbedeutenden Beitrag zur aktuellen Diskussion in den gegenwärtigen Gesellschaften leisten — schon deshalb nicht teilnehmen, weil sie Fahrtkosten und Teilnahmegebühr nicht aufbringen können.

*Ernst Piehl*